Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. [illegible]

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. [illegible]
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. [illegible]

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 64 und 94, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2501. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. [illegible] Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 9. | Mittwoch, den 11. Januar 1928. | 81. Jahrg.

Die Außenpolitik in der Sackgasse.

Hannover, 10. Jan. In einer demokratischen Versammlung erklärte Abg. Freiherr v. Richthofen: Troß guter Anfänge sei die deutsche Außenpolitik in einen stagnierenden Zustand geraten. Zur Herbeiführung besserer Verhältnisse sei die Erreichung anderer parlamentarischer Mehrheiten in den in Frage kommenden Ländern erforderlich.

•

Die deutsche Außenpolitik ist in der Sackgasse. Um Gründe zur Entschuldigung für diese unangenehme Lage ist man nicht verlegen. Neuerdings sollen die parlamentarischen Mehrheiten in verschiedenen Ländern daran schuld sein, daß die Dinge nicht vorwärtskommen. Wenn der Demokrat Frhr. von Richthofen diesen Kohl jetzt in einer Parteiversammlung in Hannover aufwärmte, so kann man 100:1 wetten, daß ihm besonders die parlamentarische Mehrheit in Deutschland ein Dorn im Auge ist. Und dies trotzdem die Mitglieder des heutigen Reichskabinetts gerade in außenpolitischer Beziehung immer recht weit übereingestimmt und die Taktik, die schließlich in die Sackgasse geführt hat, gebilligt haben. Herr von Richthofen und mit ihm andere Prominente brauchen einen Prügeljungen für ihre Mißerfolge. Als solcher ist ihnen die Regierungskoalition, auf welcher sowieso gerade alles herumhackt, sehr gelegen.

Natürlich kann niemand, der die Behauptung von der die Außenpolitik zerstörenden parlamentarischen Koalition aufstellt, irgend einen Beweis für die Richtigkeit antreten. Das ist ja bei Schlagworten auch nicht nötig, da der deutsche Michel sich längst abgewöhnt hat, zu denken. Er überläßt dies seinen Erwählten und zieht im übrigen die Schlafmütze ein paar Finger breit tiefer über die Ohren. Früher hat man ihm immer erzählt, die Außenpolitik habe den Primat, d. h. sie gehe allem anderen, vor allem der Innenpolitik voran. Und heute soll es auf einmal nicht weitergehen mit den äußeren Angelegenheiten, weil es angeblich im Inneren nicht recht klappt.

Jedenfalls wird sich, wenn die Wahlen bei uns eine Linksmehrheit bringen sollten, die außenpolitische Sackgasse in eine Prachtavenue ersten Ranges verwandeln. Daran können nur politische Abc-Schützen zweifeln.

Es gibt im übrigen noch Leute, die nicht allzu streng mit der deutschen Außenpolitik ins Gericht gehen. Zu ihnen gehört der polnische Außenminister Zaleski, der feststellt, die deutsche Außenpolitik habe im vergangenen Jahre „mehrfache Beweise guten Willens und von Anstrengungen gegeben". Das deutsche offiziöse Telegraphenbüro bringt diese echt polnische Frechheit ohne Kommentar, also scheint man sie in den maßgebenden Regierungskreisen als eine Schmeichelei zu empfinden. Auffällig wäre das nach dem, was wir gewohnt sind, nicht. Aber, diese Frage sei gestattet, sollte der Grund unserer außenpolitischen Mißerfolge nicht weniger in der Parteikonstellation liegen, als darin, daß wir uns jede Frechheit von außen widerspruchslos gefallen lassen und schon verlernt haben, Unverschämtheiten als solche zu erkennen?

Zaleski redet über polnische Außenpolitik.

Warschau, 9. Jan. Außenminister Zaleski hielt auf dem Jahresbankett der Polnischen Gesellschaft zur Prüfung internationaler Probleme eine politische Rede, in der er einleitend hervorhob, daß seit der Wiedergeburt des polnischen Staates noch in keinem Jahre die innerpolitische Lage dermaßen die Bestrebungen der polnischen Außenpolitik unterstützt habe wie im vergangenen. Das in Genf erzielte Ergebnis sei ein Schritt vorwärts in der Entwickelung der polnisch-litauischen Beziehungen, und er hoffe, daß weitere Schritte folgen werden. Die Gefahr einer kriegerischen Entwickelung sei dank Polens Anstrengungen beseitigt, und hoffentlich würden sich solche Gefahren nicht mehr wiederholen. Doch sollte sich der litauische Regierungschef bei Auslegung der Texte des Völkerbundes mehr von politischer Logik leiten lassen als bisher.

Ueber die deutschpolnischen Beziehungen führte der Minister aus: Im Laufe des verflossenen Jahres konnten wir seitens der Leitung der deutschen Außenpolitik mehrfach (!) Beweise guten Willens und auch von Anstrengungen feststellen, trotz außerordentlich schwieriger innerpolitischer Bedingungen gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen. Vor allem sind es aber zwei Momente, die Hoffnung auf eine weitere Entwickelung der guten Beziehungen zwischen beiden Völkern gestatten. Dies ist die beginnende deutsch-polnische Zusammenarbeit in Genf und eine merkbare Aenderung in der Einstellung der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber Polen. Die deutsche Delegation hat in Genf eine Haltung eingenommen, die zu den von uns gewünschten Ergebnissen beigetragen hat. Er hoffe, daß dieses Zusammenwirken in der Zukunft immer häufiger sein wird, und daß die in Genf uns trennenden Fragen, wie das Danziger Problem, in Zukunft in Genf nicht mehr so viel Raum einnehmen werden wie bisher. Was die Aenderung der deutschen Stimmung gegenüber Polen anbetreffe, so sei diese zwar noch nicht so, um die Gewähr einer normalen Entwickelung der deutsch-polnischen Beziehungen zu bilden, aber jedenfalls besteht eine Aenderung, und die Richtung dieser Entwickelung ist klar und offenkundig. Heute gibt es keinen ernsten Deutschen mehr, der die Behauptung von einem polnischen Saisonstaat wiederhole. Auch gibt es heute nicht viele Deutsche mehr, die behaupten, daß das Fehlen normaler wirtschaftlicher Beziehungen zu Polen und der Zollkrieg für Deutschland vorteilhaft wäre und welche nicht eine deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung wünschten, die eine unerläßliche Notwendigkeit darstellt. Hingegen werden die Deutschen immer zahlreicher, die in einem Zusammenwirken mit Polen ernste Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwickelung ihres Vaterlandes erblicken.

Zu den polnisch-sowjetrussischen Beziehungen betonte Zaleski, wie zufrieden Polen wäre, wenn die Sowjetunion ihre bisherige Haltung in der Frage eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes revidieren würde. In der Frage der Schiedsgerichtsklausel wie in der des Abschlusses analoger polnischer Pakte mit den baltischen Staaten wolle die Sowjetregierung die berechtigten polnischen Forderungen nicht anerkennen. Zaleski betonte schließlich die ausgezeichneten polnischen Beziehungen zu den baltischen Staaten, insbesondere zu Estland und Finnland, und bekräftigte, daß Polen nicht die Hegemonie über irgendeinen anderen Staat anstrebe.

Amtliche Anzeigen.

Der Handelsmann Paul Epperlein in Lauter beabsichtigt, den Dorfbach in Lauter entlang seines Flurstückes Nr. 269 des Flurbuchs für Lauter zu überbrücken §§ 23 (insbes. Ziffer 2 und 7), 33 des Wassergesetzes.

Die Unterlagen liegen hier zur Einsichtnahme aus.

Etwaige Einwendungen gegen die begehrte besondere Benutzung und Anlage sind binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, bei der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Frist nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch gegen die von der Behörde vorzunehmende Regelung.

Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 7. Jan. 1928.

Mittwoch, den 11. Januar 1928, vorm. 9 Uhr soll in Lößnitz ein **Motorrad** meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Bieter sammeln im Amtsgericht.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Lößnitz.

Mißerfolg Briands.

Newyork, 9. Jan. Die Veröffentlichung der Antwort der französischen Regierung auf die Kellogg-Note hat in Amerika ein Echo hervorgerufen, das keinen Zweifel mehr läßt, daß Amerika die beiden von Briand gemachten Vorschläge ablehnen wird. Der erste dieser Vorschläge Briands, der dahin geht, daß Amerika und Frankreich sofort den Pakt unterschreiben, bevor noch die Zustimmung anderer Mächte hierzu erreicht worden ist, wird glatt abgelehnt. Dieser Vorschlag würde bedeuten, daß mindestens eine Zeitlang dieser Vorschlag zweiseitig wäre, was, wie gemeldet, von Kellogg unter keinen Umständen zugelassen werden soll. Für den zweiten Vorschlag, den Angriffskrieg auszunehmen, fragen die Beamten des Staatsdepartements: Wer wird bestimmen, ob ein Krieg ein Angriffskrieg oder kein Angriffskrieg ist? Da hierfür niemand anders als der Völkerbund in Frage käme, von dem Amerika nichts wissen will, wird auch dieser Vorschlag zweifellos abgelehnt werden.

•

Ein neuer Friedensplan.

London, 10. Jan. Westminster Gazette meldet, das Foreign Office habe das Völkerbundssekretariat benachrichtigt, daß es diesem binnen kurzem einen Plan betr. die Sicherheitsfrage unterbreiten werde. Dieser Note werde mit größter Spannung entgegengesehen.

Ziele und Aufgaben des Stahlhelms.

Kiel, 9. Jan. Am Sonntag sprach auf der Kieler Stahlhelmtagung der zweite Bundesführer, Oberstleutnant a. D. Düsterberg, in Anwesenheit des Prinzen Heinrich von Preußen über „Ziele und Aufgaben des Stahlhelms". Düsterberg wies darauf hin, daß im Frontgeist des Stahlhelms die wahre Volksgemeinschaft lebendig sei. Wenn der Stahlhelm mit seinen 900 000 Mitgliedern der stärkste Wehrverband sei, so habe er es der Tatsache zu verdanken, daß er sich keiner Partei verschrieben habe. Im Stahlhelm gebe es auch keinen Kampf der Bekenntnisse. Eine Kernfrage sei, ob es gelänge, noch Hunderttausende aus der Arbeiterschaft der Stahlhelmbewegung zuzuführen. Die Träger des Stahlhelmzeichens in Arbeiterkreisen brächten große Opfer. Die Massen eines Volkes seien so schlecht oder so gut wie seine führenden Schichten. Die monarchische Frage sei zurückgestellt, weil es darauf ankomme, zunächst die Massen zum nationalen Denken zurückzugewinnen. Außerhalb des Parlaments wolle der Stahlhelm eine disziplinierte nationale Masse bilden, die im entscheidenden Moment auftreten und mitreden könne. Der Stahlhelm sei auf Gedeih und Verderb mit der Landwirtschaft verbunden. Durch Sammlung nationalen Kapitals wolle er seine politische Selbständigkeit erhalten. Der Stahlhelm lehne es ab, einen Kampf gegen die nationalen Parteien zu führen, weil er wisse, daß seine Mitglieder in jeder von ihnen vertreten seien. Ebenso lehne er die Parole der Wahlenthaltung ab.

Ein Jahr Barmat-Prozeß.

Bisher 280 000 RM Kosten.

Berlin, 9. Jan. Am 11. Januar ist ein Jahr seit dem Beginn der Hauptverhandlung im Barmat-Prozeß abgelaufen. Bisher ist an 157 Tagen verhandelt worden. Die Akten sind bis jetzt auf 70 Hauptbände und 1000 Nebenbände angeschwollen. Die Anklage umfaßt 648 Druckseiten. Bisher sind 59 schriftliche Gutachten von Sachverständigen erstattet worden. Die Protokolle der Hauptverhandlung füllen 7 Aktenbände mit 2800 Seiten. Die Kosten des gesamten nunmehr über drei Jahre dauernden Strafverfahrens, also einschließlich des staatsanwaltschaftlichen Ermittelungsverfahrens, der Voruntersuchung und der bisherigen Hauptverhandlung, betragen etwa 280 000 RM.

Berlin, 9. Jan. Im Plenum des Reichstages beginnt am 19. Januar anläßlich der ersten Lesung des Etats eine allgemeine Aussprache über die äußere und innere Lage. Man rechnet mit einer großen Debatte über die Reichspolitik.

Polnische Unduldsamkeit.

Eine Entscheidung Calonders.

Kattowitz, 10. Jan. Am 1. Weihnachtsfeiertag 1927 wollte die deutsche Minderheitsschule in Brzezie im Kreise Rybnik eine Weihnachtsfeier veranstalten. Zwei Stunden vor Beginn der Feier, die vorschriftsmäßig angemeldet war, wurde sie vom Amtsvorsteher ohne Angabe von Gründen verboten. Gegen dieses Verbot reichte der deutsche Volksbund bei der gemischten Kommission eine Beschwerde ein. In seiner Entscheidung mißbilligte Präsident Calonder das Verbot und bemerkt, es sei nach 4½jährigem Bestehen der Genfer Kommission ausgeschlossen, daß Veranstaltungen der deutschen Minderheit mit der Begründung verboten werden können, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet sei. Das Verhalten des Beamten sei eine schwere Verletzung der Genfer Konvention, der Beamte müsse deshalb entfernt werden.

Berlin, 9. Jan. Der frühere Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgemeinschaft im preußischen Staatsrat, Freiherr von Maltzan, der bislang der Deutschnationalen Volkspartei angehörte, ist der Deutschen Volkspartei als Mitglied beigetreten.

Bochum, 9. Jan. Heute Vormittag wurde der bei dem Bochumer Verein bestehende Konflikt über die Durchführung des Arbeitszeitschiedsspruches beigelegt. Die Direktion erklärte sich bereit, ab Dienstag die im Arbeitszeitschiedsspruch für die Metallindustrie, nordwestliche Gruppe, festgelegte Arbeitszeitregelung zur Durchführung zu bringen.

SLUB
Wir führen Wissen.